Drucksachen-Nr. 17-A/2008	Version	Datum 24.11.2008	Blatt 1
-------------------------------------	---------	---------------------	------------

- Beschlussvorlage
 Berichtsvorlage
 öffentliche Sitzung
 nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Datum:

- Fachausschuss Arbeit, Soziales und Gesundheit 04.12.2008
 Fachausschuss _____
 Kreisausschuss _____
 Kreistag _____

Inhalt:

Konzept zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege für das Jahr 2009

Wenn Kosten entstehen:

Kosten 817.900 € (laut HH-Plan 2009)	Produkte 33110.531810 33110.531815 33110.531820	Haushaltsjahr 2009	☒ Mittel stehen zur Verfügung (Entwurf Haushaltsplan)
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung ☐ Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung:	Deckungsvorschlag: Landeszuweisung: 50.000 € Frauenhäuser € 87.000 € Kontakt- und Begegnungsstätten für psychisch Kranke und Suchtberatungsstellen		

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss empfiehlt das Konzept zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege für das Jahr 2009 zur Umsetzung.

zuständiges Amt:

Sozialamt _____ Thomas Kotzian _____ Lothar Thiele _____ Klemens Schmitz
 Amts-/Referatsleiter Dezernent Landrat

abgestimmt mit Dez./Amt/Ref.:	Name	Unterschrift
Amt zur Grundsicherung f. Arbeitsuchende	Annette Nitschmann	
Gesundheits- und Veterinäramt	Dr. Michaela Hofmann	
Dezernat III	Marita Rudick	

Beratungsergebnis:

Kreistag/ Ausschuss	Datum	Stimmen		Stimm- enthaltung	Einstimmig	Laut Beschluss- vorschlag	Abweichender Be- schluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				
ASGA	04.12.2008						

Begründung:

Der Kreistag des Landkreises Uckermark hat in seiner Sitzung am 10.09.2008 die Richtlinie über die Förderung der freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Uckermark aktualisiert.

Gemäß der Richtlinie über die Förderung der freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Uckermark bedarf die Entscheidung über die Förderung der freien Wohlfahrtspflege der Abstimmung im für Soziales zuständigen Ausschuss des Kreistages. Das ist für die nunmehrige Legislaturperiode der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit.

Grundlage für die Förderentscheidung bildet das in der Anlage beigefügte Konzept zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege für das Jahr 2009.

Es basiert auf den bewährten Förderkonzepten der vorangegangenen Jahre und stellt deren Fortschreibung dar. Sowohl inhaltlich als auch in der Darstellung ist bewusst Wert auf die Beibehaltung der bewährten Herangehensweise gelegt worden.

Das vorliegende Konzept ist in enger Zusammenarbeit zwischen dem Sozialamt, dem Amt zur Grundsicherung für Arbeitsuchende und dem Gesundheits- und Veterinäramt erarbeitet und mit den Mitgliedern der kleinen Liga der Wohlfahrtsverbände intensiv beraten und abgestimmt worden.

Nach Beratung dieses Konzeptes und entsprechender Abstimmung im Ausschuss ist angestrebt, unter Berücksichtigung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen die sich jeweilig ergebenden Fördermittelbescheide an die Träger der Dienste, Einrichtungen und Angebote zu erlassen, um deren Arbeit von Verwaltungsseite aus kontinuierlich zu ermöglichen.

Nach dem Zeitplan für die Haushaltserarbeitung 2009 ist der Haushaltsbeschluss durch den Kreistag erst für den 22.04.2009 vorgesehen. Die Verwaltung wird deshalb für den Kreistag am 11.02.2009 einen Beschlussentwurf unterbreiten, mit dem die Bewilligung der Fördermittel und deren (zeitanteilige) Auszahlung an die Träger bereits im Vorgriff auf den Haushaltsbeschluss ermöglicht werden kann.

Ab 2009 arbeitet der Landkreis Uckermark auf Basis der doppischen Haushaltsführung. Die in der Beschlussvorlage benannten Haushaltsstellen entsprechen dann nachfolgend genannten Buchungsstellen:

47000.71802	△	33110.531810
47000.71803	△	33110.531815
47000.71804	△	33110.531820.

Konzept zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege für das Jahr 2009

1 Entwicklung der Förderung der freien Wohlfahrtspflege

Der Landkreis Uckermark ist gemäß § 5 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) verpflichtet, mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts sowie den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenzuarbeiten. Im Rahmen dieser Kooperation ist auf deren Selbständigkeit in Zielsetzung und Durchführung der Aufgaben zu achten. Gemäß § 5 Abs. 3 SGB XII soll die Zusammenarbeit darauf gerichtet sein, dass sich die Sozialhilfe und die Tätigkeit der freien Wohlfahrtspflege zum Wohle der Leistungsberechtigten wirksam ergänzen. Dabei wird den örtlichen Trägern der Sozialhilfe vom Gesetzgeber aufgegeben, die Träger der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialhilfe angemessen zu unterstützen. Nach § 5 Abs. 4 SGB XII ergibt sich ein Vorrang von Leistungen der Träger der freien Wohlfahrtspflege, d. h. der Träger der Sozialhilfe soll von eigenen Leistungsangeboten absehen, wenn bereits entsprechende Angebote durch die Träger der freien Wohlfahrtspflege vorgehalten werden. Eine vergleichbare Regelung findet sich auch in § 17 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) und bindet in entsprechender Weise auch andere Sozialleistungsträger.

In Umsetzung dieser Prämissen, die bereits auch während der Geltung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) galten, wurde in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege für die Bewohner des Landkreises Uckermark ein umfassendes Versorgungsangebot an sozialen Dienstleistungen, die der allgemeinen Daseinsvorsorge dienen, aufgebaut.

Turnusmäßig wird das bestehende Versorgungsangebot im Hinblick darauf überprüft, ob den besonderen Bedarfslagen der Hilfesuchenden hinreichend Rechnung getragen wird. Die Prüfung, die seitens der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der kleinen Liga der Wohlfahrtsverbände im Landkreis Uckermark erfolgt, beschränkt sich letztlich nicht nur auf diesen Punkt. Vielmehr wird regelmäßig hinterfragt, ob eine Anpassung der niedrigschwelligen ambulanten Versorgungsstruktur wegen geänderter gesellschaftlicher Notwendigkeiten und Rahmenbedingungen für die Zukunft notwendig erscheint. Dies erfolgt für das Jahr 2009 mit der vorliegenden Fortschreibung des Konzeptes zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege.

2 Allgemeine Grundsätze für das Jahr 2009

Auch im Jahr 2008 wurden die sozialen Sicherungssysteme durch den Gesetzgeber nachhaltig verändert.

Das Pflegeweiterentwicklungsgesetz ist zum 01.07.2008 in Kraft getreten. Wenngleich sich das SGB XI, das mit diesem Gesetz geändert wurde, primär an die Pflegekassen richtet, zeigt es auch für die Sozialhilfe tiefgreifende Wirkungen, da sich im Siebten Kapitel des SGB XII mit der „Hilfe zur Pflege“ eine Schnittstelle in der Arbeit der verschiedenen Sozialleistungsträger findet.

Vor allem auf die in § 92 c SGB XI geregelte Institution der Pflegestützpunkte wird im Folgenden einzugehen sein. Über § 4 Abs. 1 S. 2 SGB XII hat der Gesetzgeber eine Vorschrift für die Sozialhilfeträger formuliert, gemeinsam mit den Pflegekassen und anderen Beteiligten im Pflegestützpunkt tätig zu werden.

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben sich mehrere Rechtsänderungen ergeben. Trotz positiver Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und einer sinkenden Zahl von Leistungsberechtigten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) ist die Zahl der Personen angestiegen, die trotz bestehender Erwerbstätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt aufstockender Leistungen nach dem SGB II bedürfen. Die Umsetzung des Bundesprogramms „Kommunal - Kombi“ ist gegenwärtig ein Schwerpunkt der Arbeit des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende und wird es auch zukünftig sein.

Kennzeichnend für die Angebote, die im Fördervorschlag dieses Konzeptes benannt sind, ist deren Niedrigschwelligkeit und Offenheit für alle, die der Unterstützung durch das jeweilig vorgehaltene Leistungsangebot bedürfen. Aufgrund der Ausgestaltung als niedrigschwellige Angebote ist der Zugang bzw. die Inanspruchnahme nicht von einem Verwaltungsverfahren abhängig. Es bedarf keines Bescheides oder eines vorangegangenen Antrages. Hemmungen bei der Inanspruchnahme durch den jeweilig Betroffenen bzw. Schwellenängste sollen so weitestgehend vermieden werden. Da eine wesentliche Zielstellung der Sozialhilfe die Befähigung der Betroffenen zur Selbsthilfe ist, soll durch die Freiwilligkeit und ein bewusstes Entscheiden für die Inanspruchnahme angebotener Hilfen die Eigenverantwortlichkeit und Mitwirkungsbereitschaft der Hilfebedürftigen gefördert werden. Die geförderten ambulanten Dienste und Leistungen stehen deshalb als Angebot der öffentlichen Daseinsvorsorge generell allen Einwohnern des Landkreises zur Verfügung, die der Hilfe bedürfen.

Die Angebote bieten jedoch vor allem Hilfen und soziale Dienstleistungen für Personen an, die Leistungen des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) oder des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) erhalten.

Die Möglichkeit, auf entsprechende Angebote zurückzugreifen, wird von der Sozialverwaltung auch genutzt, um einzelfallbezogene Hilfen und Leistungen zu ergänzen. Gerade in den Leistungsbereichen des SGB II und SGB XII wird durch die Mitarbeiter auf die Inanspruchnahme geförderter ambulanter Dienste und Einrichtungen hingewirkt. Sie stellt oftmals einen integralen Bestandteil des Fallmanagements bzw. der Hilfeplanung dar.

Wegen des Charakters der institutionellen Förderung erübrigt sich vielfach die Durchführung langwieriger Bewilligungsverfahren im Einzelfall.

Da sowohl Klienten aus dem Rechtskreis des SGB II als auch des SGB XII entsprechende Leistungsangebote in Anspruch nehmen, erfolgt die Förderung der Schuldnerberatungsstellen, der Kontakt- und Begegnungsstellen für psychisch Kranke und der Suchtberatungsstellen jeweils anteilig mit Mitteln des Sozialamtes und des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die aus dem Budget des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende erbrachten Mittel werden im Punkt „Verteilungsrahmen“ informativ dargestellt.

Mit der Abstimmung innerhalb der Verwaltung wird in diesen Bereichen das notwendige Dienstleistungsangebot in erforderlichem Umfang, nach einheitlichen Maßstäben und mit hoher Effektivität gesichert. Unabgestimmte Doppelförderungen sollen vermieden werden.

In einem stetigen und intensiven Abstimmungsprozess mit den Mitgliedern der Liga der Wohlfahrtsverbände und den Trägern der verschiedensten Dienste wird das Augenmerk darauf gelegt, mit den zur Verfügung stehenden Eingliederungsinstrumentarien des SGB II die Arbeit der Anbieter zu unterstützen und soweit wie möglich eine Förderung aus finanziellen Mitteln des Landkreises zu reduzieren. Die Leistungsanbieter wurden darauf orientiert, vor allem auch das Förderprogramm „Kommunal-Kombi“ zur Ergänzung ihrer Angebote zu nutzen.

In Übereinstimmung mit dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2009 werden folgende Posten in Ansatz gebracht:

Haushaltsstelle	Produktkonto	Bezeichnung	Haushaltsansatz in €	
			2008	2009
47000.71802	33110.531810	Zuschuss für die Betreuung der Frauenhäuser	67.700	67.700
47000.71803	33110.531815	Zuschüsse für die Mitwirkung in der Sozialhilfe	600.200	600.200
47000.71804	33110.531820	Hilfe für psychisch Kranke/ Suchtkranke	150.000	150.000
			817.900	817.900

Zwingende Notwendigkeit für eine Förderung ist die Erforderlichkeit des Angebotes im sozialplanerischen Sinne. Eine Förderung durch den Landkreis erfolgt durch eine Fehlbedarfsfinanzierung, die im Hinblick auf die Höhe allerdings begrenzt ist. Daraus ergibt sich für die Träger der Wohlfahrtspflege, dass nur der Anteil der zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert wird, der nicht aus Eigen- oder sonstigen vorrangigen Mitteln, z. B. Drittmitteln, aufgebracht werden kann.

3 Fördermittelvergabe

3.1 Konzeptionelle Erläuterungen

Die folgende Darstellung konzentriert sich auf die verschiedenen Fachplanungsbereiche. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird sich punktuell auf Veränderungen zum Vorjahr bezogen. Detaillierte Aussagen zu den geförderten Vorhaben liegen mit der Antragstellung vor.

- **Fachplanungsbereich Pflegeergänzende soziale Arbeit - Pflegeergänzende Dienste**

Die Projekte, die in den Vorjahren in diesem Fachplanungsbereich gefördert worden sind, sollen wegen veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen in inhaltlich angepasster Form fortgeführt werden.

Alle Beteiligten hatten es sich zum gemeinsamen Ziel gesetzt, eine trägerübergreifende Beratung vor allem im Bereich der Pflege und pflegeflankierenden Leistungen anzubieten und die Beratungsangebote untereinander zu vernetzen.

Die durch die Sozialarbeiter, die an die Pflegedienste angebunden waren, in den Vorjahren erbrachten Beratungs- und Unterstützungsleistungen wurden, was den Bereich der Pflegeberatung betrifft, nicht über die Leistungen aus der gesetzlichen Pflege- bzw. Krankenversicherung gedeckt.

Mit dem zum 01.07.2008 in Kraft getretenen Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung wurde in § 7 a des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) ein Anspruch auf eine persönliche Pflegeberatung postuliert.

Dieser Anspruch auf Beratung durch einen Pflegeberater bzw. eine Pflegeberaterin richtet sich ausdrücklich an Personen, die Leistungen der Pflegeversicherung beziehen bzw. auch an Angehörige oder Lebenspartner entsprechender Personen. Das Beratungsangebot soll nach den Vorstellungen des Gesetzgebers an die zu errichtenden Pflegestützpunkte zu koppeln sein.

Der Landkreis Uckermark steht mit dem zuständigen Errichtungsbeauftragten der Pflegekassen derzeit in Verhandlungen, wo und in welcher Art und Weise zunächst ein Pflegestützpunkt im Landkreis eingerichtet werden soll. Dies entspricht den Vorstellungen des Landes, wonach zunächst ein Pflegestützpunkt pro Landkreis bzw. kreisfreier Stadt errichtet werden soll.

Die bisherigen Abstimmungen gehen von der Stadt Schwedt/Oder als Standort aus. Der Landkreis strebt in seinen Überlegungen die Beteiligung des DRK Kreisverbandes Uckermark Ost e. V. als Träger der freien Wohlfahrtspflege an. Die Erfahrungen, die durch die Mitarbeiter des Kreisverbandes gerade im Hinblick auf das Case-Management im Rahmen eines Regionalbudget-Projektes gemacht wurden, sollen in die Arbeit des Pflegestützpunktes eingebracht werden. Es ist zunächst geplant, dass eine Mitarbeiterin im Pflegestützpunkt koordinierend tätig werden soll und auch zukünftig ein Zugang zu allgemeiner sozialer Beratung ermöglicht wird.

Nicht zuletzt wegen der sozialräumlichen Aufteilung des Landkreises Uckermark erscheint es sinnvoll, die Beratungsstrukturen, die bisher durch die anderen Träger der Wohlfahrtspflege angeboten worden sind, jeweils unter einer veränderten inhaltlichen Zielstellung fortzuführen.

Dabei spielt natürlich auch die Überlegung eine Rolle, dass ein in Schwedt/Oder eingerichteter Pflegestützpunkt in seiner Wirkung regional auf den Raum Schwedt/Angermünde begrenzt sein wird.

Zum anderen sollte in der Vergangenheit mit den Projekten der pflegeergänzenden sozialen Arbeit nicht nur die Pflegeberatung befördert werden, sondern auch eine allgemeine soziale Beratung, die auch aufsuchend ausgestaltet war. Darin wird zukünftig der Schwerpunkt dieser Angebote liegen. Darüber hinaus sollen durch die Sozialarbeiter vor Ort in ihrer aufsuchenden Tätigkeit beispielsweise nachbarschaftliche Netzwerke aufgebaut und weitergehende Betreuungsleistungen erbracht werden.

- **Fachplanungsbereich Altenhilfe**

Dem Fachplanungsbereich der Altenhilfe wird zukünftig ein noch größeres Gewicht beizumessen sein. Dies hat seine Ursache in der demographischen Entwicklung des Landkreises. Prognostisch ist von einer sich weiter verändernden Altersstruktur im Landkreis Uckermark auszugehen.

Die Zahl der über 65- bzw. über 85-jährigen Personen wird absolut wie prozentual mittelfristig ansteigen, während die Zahl der erwerbsfähigen Personen sinkt. Dieses Ungleichgewicht in der Bevölkerungsstruktur wird durch Abwanderungsbewegungen gerade auch junger, leistungsfähiger Personen verstärkt. Das Hilfenetzwerk „Familie“ ist aufgrund dieser Entwicklungen oftmals nicht mehr intakt. Das bedeutet, dass helfende Angehörige nicht vor Ort sind; soziale Kontakte sind oftmals nicht mehr möglich und es kommt zur sozialen Vereinsamung.

Gerade auch wegen dieser Entwicklungen ist es notwendig, Angebote zu erhalten und zu schaffen, die sich an die Gruppe der Seniorinnen und Senioren richten. Die in diesem Fachplanungsbereich geförderten Angebote haben es sich zum Ziel gemacht, Vereinsamungstendenzen entgegenzuwirken, die Verarbeitung von Alltagsproblemen zu erleichtern, Krankheiten vorzubeugen bzw. einem Voranschreiten von demenziellen Erkrankungen zu begegnen.

Die durch den Landkreis Uckermark geförderten Seniorenbegegnungsstätten bieten den Nutzern oftmals die Gelegenheit, in der Gruppe bestimmten Interessen und Neigungen nachzugehen; sei es in der Ausübung gemeinsamer Hobbys oder auch beim Besuch von Gesprächs- und Spielrunden oder geselligen Veranstaltungen. Ebenso wie in der Förderperiode 2008 sollen die Anleiterstellen für 13 dieser Begegnungsstätten anteilig gefördert werden.

Neben den Seniorenbegegnungsstätten ist in diesem Fachplanungsbereich ebenfalls die psychosoziale Versorgung älterer Menschen zu verorten. Im Vordergrund steht hier die Betreuung von Personen, die an demenziellen Erkrankungen leiden.

Die seinerzeit durch das Pflegeleistungsergänzungsgesetz eingefügten §§ 45 b, c ff. SGB XI haben durch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz eine Weiterung in finanzieller Hinsicht erfahren.

Die Beträge zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und -konzepte für demenzkranke Pflegebedürftige wurden bundesweit von 10 Mio. € jährlich auf insgesamt 25 Mio. € aufgestockt. Bei diesen Mitteln nach § 45 c SGB XI besteht die Pflicht der Kommunen, den Förderanteil, der durch die Pflegekassen ausgereicht wird, in gleicher Höhe gegenzufinanzieren. Mithin sollen bundesweit insgesamt 50 Mio. € zur Förderung entsprechender Angebote zur Verfügung stehen. Aus Begründungen zu diesen Erhöhungen lässt sich entnehmen, dass gerade der Begegnung demenzieller Erkrankungen eine hohe Bedeutung beigemessen wird.

Der Landkreis Uckermark hat für das Jahr 2009 das Fördervolumen für diese Angebote erhöht. Standen im Vorjahr noch 13.500 € zur Verfügung, sollen es für das nächste Jahr 26.500 € sein. Gleichwohl fällt die Förderung in den einzelnen Projekten teilweise geringer aus.

Dies hängt zunächst damit zusammen, dass sich die Zahl dieser Projekte für das nächste Jahr erhöhen wird. Insgesamt soll es dann 6 Betreuungsgruppen für Demenzkranke geben. Neu hinzukommen die Angebote des DRK Kreisverbandes Uckermark Ost e. V., DRK Kreisverbandes Uckermark West/Oberbarnim e. V. sowie der Diakoniestation Prenzlau e. V. Auf das Projekt des DRK Kreisverbandes Uckermark West/Oberbarnim e. V. wird im Zusammenhang mit dem Fachplanungsbereich „Behindertenhilfe“ eingegangen, weil es zugleich auf die Arbeit mit behinderten Menschen ausgerichtet ist.

Der Betrag für die Inanspruchnahme zusätzlicher Betreuungsleistungen nach § 45 b SGB XI, der den Betroffenen zur Verfügung steht, hat sich von 460 € auf 1.200 € jährlich erhöht. Insoweit können die Leistungsanbieter entsprechende Einnahmen erzielen, womit eine Reduzierung der Förderhöhe der einzelnen Angebote im Vergleich zum Vorjahr gerechtfertigt ist.

- **Fachplanungsbereich Behindertenhilfe**

Ein Schwerpunkt in der Förderung der freien Wohlfahrtspflege stellen die Familienentlastenden Dienste (FED) dar. Diesen kommt eine wichtige Ergänzungsfunktion in der Umsetzung der sozialhilferechtlichen Eingliederungshilfe zu. Die FED wenden sich vornehmlich an die Angehörigen von geistig und/oder körperlich behinderten Menschen, die ambulant, d. h. in der eigenen Häuslichkeit betreut werden. Letztlich wird durch die Bereitstellung dieser Angebote der Grundsatz „ambulant vor stationär“ gefördert. Es können kostensatzfinanzierte Aufnahmen in stationäre Versorgungsformen hinausgezögert bzw. verhindert werden.

Diesen Angeboten kommt eine mehrdimensionale Wirkungsrichtung zu. Zum einen wird die zeitweise Betreuung behinderter Personen sichergestellt und eine weitergehende Förderung der Fähigkeiten ermöglicht. Zum anderen kann auch eine Entlastung der Angehörigen bewirkt werden. Durch die Betreuung im FED wird den Angehörigen oftmals ein eigener Freiraum ermöglicht, um sich von den psychischen und physischen Belastungen zu erholen, die mit der Betreuung und Pflege Angehöriger einhergehen. Die FED werden derzeit durch die Lebenshilfe KV Uckermark e. V. in Angermünde und Templin, die EJF-Lazarus gAG - Lebensräume - Am Aquarium - in Schwedt und die IG Frauen e. V. Prenzlau angeboten.

Eine Sonderstellung nimmt in diesem Zusammenhang das Projekt „Familientlastender Dienst“ des DRK Kreisverbandes Uckermark West/Oberbarnim ein. Das vorliegende Konzept wurde seitens des Landesamtes für Soziales und Versorgung zugleich als eines nach § 45 b, c SGB XI anerkannt und findet sich im Fördervorschlag unter dem Planungsbereich Altenhilfe.

Es ist seitens des Trägers geplant, das Projekt in Prenzlau zu initiieren. Neben einer Betreuung in eigenen Räumlichkeiten soll auch die Möglichkeit eingeräumt werden, die zu betreuenden Personen in deren Häuslichkeit aufzusuchen. Wegen der Zuordnung zu einem Angebot nach § 45 b, c SGB XI wird dies durch ehrenamtliche Helferinnen erfolgen, wie es in der Betreuung demenzkranker Personen regelmäßig der Fall ist. Die Begleitung und Unterstützung der Helferinnen wird durch Fachkräfte sichergestellt.

Fest verankert im Fachplanungsbereich Behindertenhilfe ist auch die Förderung von Selbsthilfegruppen. Diese bieten kranken und behinderten Menschen bzw. deren Angehörigen die Basis für einen Austausch zu medizinischen, rechtlichen, lebenspraktischen und weiteren Problemen an. Die Selbsthilfegruppen leisten einen großen Teil der sozialen Arbeit auf überwiegend ehrenamtlicher Basis und sind aus dem Gefüge des Gemeinwesens nicht wegzudenken. Der Landkreis Uckermark hat zunächst Fördermittel für insgesamt 50 Selbsthilfegruppen eingeplant.

Der Fachplanungsbereich Behindertenhilfe enthält daneben weitere Betreuungsangebote für psychisch kranke Menschen und für Suchtkranke. Im Bereich der Suchtkrankenhilfe gibt es tagesstrukturierende Beschäftigungsangebote. Diese sollen es den betroffenen Personen ermöglichen, ihr Leben in der Häuslichkeit zu bewältigen.

Dem geht oftmals eine Beratung oder Betreuung durch ein Streetwork - also der Kontakt mit den Abhängigkeitskranken in deren gewohntem Umfeld - voraus. Primäres Ziel ist es dabei, den Kontakt zu den Abhängigkeitskranken aufzubauen und zu halten und die Suchtkranken zur Inanspruchnahme weitergehender Hilfen zu motivieren.

Aus Gründen, die der Fördersystematik immanent sind - Landesförderung, vertragliche Ausgestaltung -, werden die Aufgaben und Tätigkeiten der Kontakt- und Begegnungsstätten für psychisch kranke Menschen und der Suchtberatungsstellen in einem gesonderten Fachplanungsbereich (Fachplanungsbereich Hilfe für psychisch Kranke und Suchtkranke) dargestellt.

Für das Jahr 2008 beantragten das KOMMunikationszentrum für chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung sowie die LAG - SH Brandenburg e. V. - beide ansässig in Schwedt - eine Förderung. Diese Vorhaben wurden durch den Träger nunmehr zu einem Projekt zusammengefasst.

- **Fachplanungsbereich zielgruppenübergreifende Dienste**

In diesem Planungsbereich sind u. a. die Förderungen für Angebote wie Schuldnerberatungsstellen, Tafeln, Frauenhäuser und die Migrationsberatung zusammengefasst.

Wenngleich die Zahlen der zugewiesenen Asylbewerber bzw. der bleibeberechtigten Zuwanderer rückläufig sind, besteht nach wie vor die Notwendigkeit, besondere Beratungsangebote für den Personenkreis der Migranten vorzuhalten. Gerade die spezifischen Problemlagen dieses Personenkreises machen eine sehr intensive Betreuung und Beratung notwendig. Die Arbeit konzentriert sich auf die Städte Schwedt/O. und Prenzlau.

Stark frequentiert werden nach wie vor die Angebote der Tafeln. Die Inanspruchnahme ist im Verhältnis zum Vorjahr relativ konstant. Die Tafeln ermöglichen Personen, die Transferleistungen oder sehr geringe Einkommen beziehen, Mittagsmahlzeiten preiswert einzunehmen. Regelmäßig besteht auch die Möglichkeit, Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs preiswert zu erwerben, was letztlich auch in großem Umfang wahrgenommen wird. Die von den Tafeln verarbeiteten und ausgehenden Lebensmittel stammen zu großen Teilen aus Spenden, die zum Beispiel bei Discountern, Einzelhändlern usw. eingeworben werden. Entsprechende Angebote werden durch das Diakonische Werk im Kirchenkreis Uckermark e. V. in Angermünde, durch den AWO Kreisverband Uckermark e. V. in Prenzlau und die Schutzhütte in Schwedt vorgehalten.

Einen wesentlichen Bestandteil des Fachplanungsbereiches stellen die Schuldnerberatungsstellen dar. Gemäß § 11 Abs. 5 SGB XII bzw. § 16 Abs. 2 Nr. 2 SGB II ist eine Schuldnerberatung durch die Sozialleistungsträger in deren Bereich sicherzustellen. Durch die institutionelle Förderung dieser sind aufwendige Verwaltungsverfahren im Einzelfall entbehrlich. Überdies werden wegen der Niedrigschwelligkeit der Angebote auch bei den Betroffenen keine Hemmschwellen aufgebaut, eine solche Hilfe anzunehmen.

Die Kernaufgabe dieser Angebote liegt in der Beratung von Personen bei der Regulierung ihrer Schulden und mittelbar in der Stabilisierung der materiellen Lebensgrundlage.

Für das Jahr 2009 stehen 17.700 € aus Mitteln des Landkreises für die Förderung der Frauenhäuser zur Verfügung. Auch für das kommende Jahr wird an bestehenden Kapazitäten - ein Frauenhaus in Schwedt/Oder mit 12 Plätzen und eine Zufluchtswohnung in Prenzlau mit 4 Plätzen - festgehalten. Seitens des Landes wird eine Förderung von 50.000 € wie in den Vorjahren erfolgen.

Die Selbsthilfekontaktstelle REKIS erhält auch im nächsten Jahr eine Personalkostenförderung mit 0,25 Vollzeitäquivalenten (VZÄ), um die Anleitung der Selbsthilfegruppen sicherzustellen.

- **Fachplanungsbereich Hilfe für psychisch Kranke und Suchtkranke**

Dieser Fachplanungsbereich spiegelt die Hilfeangebote für psychisch Kranke und Suchtkranke wider, die auf vertraglicher Grundlage arbeiten. Dabei handelt es sich um Kontakt- und Begegnungsstellen für psychisch Kranke und die Suchtberatungsstellen. Wenngleich diese Angebote hier wegen der besonderen förderrechtlichen Situation (Vertragsbasis/Landesförderung) gesondert dargestellt werden, besteht ein enger thematischer Zusammenhang zu den niedrigschwelligen Angeboten der Suchtkrankenhilfe, die im Bereich der Behindertenhilfe dargestellt sind. Nur im Zusammenwirken dieser verschiedenen Angebote können positive Effekte in der Betreuung psychisch Kranker und Suchtkranker erzielt werden.

Nach § 8 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) vom 23.04.2008 obliegt den Landkreisen und kreisfreien Städten die Beratung und Betreuung psychisch Kranker. In der Zusammenschau mit § 6 des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch Kranke (Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz - BbgPsychKG) ergibt sich die Verpflichtung darauf hinzuwirken, dass entsprechende Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke und Suchtberatungsstellen vorhanden sind.

Seitens des Landes Brandenburg werden die Landkreise durch die Bereitstellung von Fördermitteln bei dieser Aufgabe unterstützt. Entgegen der früheren Praxis, die eine Förderung der Personal- und Sachkosten beinhaltete, soll durch das Land nur noch eine anteilige Personalkostenförderung erfolgen. Deshalb ist geplant, den kreislichen Zuschuss zukünftig zur Förderung der Personal- und Sachkosten zu verwenden. Um die Verschiebung in der Änderung der Fördersystematik abzufangen, sollen in Zukunft auch die Sachkosten entsprechend finanziert werden. Die inhaltliche Änderung in der kreislichen Förderung stellt sich als budgetneutral dar.

3.2 Verteilungsrahmen

Die vorgenannten konzeptionellen Aspekte führen zu dem in den folgenden Tabellen dargestellten finanziellen Verteilungsrahmen:

Fördermittelplanung der freien Wohlfahrtspflege 2009

1. Pflegeergänzende Dienste

		Vorhabenkosten (Angaben im Fördermittelantrag)				
Art des Angebotes	Träger mit Namen und Anschrift des Dienstes	Personal-kosten in €	Sach-kosten in €	Gesamt-kosten in €	beantragte Förderung in €	Fördervor-schlag in €
Pflegeergänzende soziale Arbeit	DRK KV UM Ost e. V. Aufsuchende Sozialarbeit und Koordination Pflegestützpunkt A.-Bebel-Str. 13 a, 16303 Schwedt/Oder	42.189,00	4.570,00	46.759,00	42.189,00	30.000,00
	Volkssolidarität in Bbg. e. V. - KV UM Trägerübergreifende Sozialarbeit Str. d. Friedens 5 a, 16278 Angermünde	17.500,00	7.000,00	24.500,00	17.500,00	11.500,00
	DRK KV UM West/Oberbarnim e. V. Sozialarbeit Schinkelstr. 32, 17268 Templin	35.500,00	0,00	35.500,00	26.500,00	23.000,00
	Diakoniestation Prenzlau e. V. Sozialarbeit Friedrichstr. 40, 17291 Prenzlau	19.798,60	1.000,00	20.798,60	20.798,60	11.500,00
	Gesamt:	114.987,60	12.570,00	127.557,60	106.987,60	76.000,00

2. Altenhilfe

		Vorhabenkosten (Angaben im Fördermittelantrag)				
Art des Angebotes	Träger mit Namen und Anschrift des Dienstes	Personal-kosten in €	Sach-kosten in €	Gesamt-kosten in €	beantragte Förderung in €	Fördervor-schlag in €
Altenklubs, Tages- und Begegnungsstätten, generationsübergreifende Zentren	Volkssolidarität in Bbg. e. V. - KV UM - 3 Seniorenbegegnungsstätten Badestr. 7 b, 17291 Prenzlau Siedlungsstr. 39 a, 17291 Prenzlau Kultursoziales Zentrum Str. d. Friedens 5 a, 16278 Angermünde	28.215,60	22.900,00	51.115,60	17.500,00	13.500,00
	DRK KV UM West/Oberbarnim e. V. 2 Seniorenbegegnungsstätten Dr.-W.-Külz-Str. 19 a, 17291 Prenzlau Schinkelstr. 32, 17268 Templin	25.200,00	15.800,00	41.000,00	35.200,00	9.000,00
	AWO Ortsverein Schwedt/O. e. V. 5 Seniorenbegegnungsstätten Gartenstr. 3, 16303 Schwedt/O. Berliner Str. 125 b, 16303 Schwedt/O. Fr.-Engels-Str. 18/20, 16303 Schwedt/O. Flemsdorfer Str. 24, 16303 Schwedt/O. Auguststr. 2 b, 16303 Schwedt/O.	223.890,00	134.830,00	358.720,00	22.500,00	22.500,00
	DRK KV UM Ost e. V. 2 Seniorenbegegnungsstätten A.-Bebel-Str. 13 a, 16303 Schwedt/O. Klosterstr. 43, 16278 Angermünde	28.710,00	21.720,00	50.430,00	9.830,00	4.500,00
		21.258,00	10.630,00	31.888,00	20.148,00	4.500,00
	Templiner Seniorenklub e. V. Begegnungsstätte Bahnhofstr. 30, 17268 Templin	23.150,00	15.610,00	38.760,00	11.960,00	4.500,00
	AWO KV Uckermark e. V. Demenzberatung Klosterstr. 14 c, 17291 Prenzlau	8.400,00	2.300,00	10.700,00	9.000,00	7.000,00
	Zwischensumme:	358.823,60	223.790,00	582.613,60	126.138,00	65.500,00

		Vorhabenkosten (Angaben im Fördermittelantrag)				
Art des Angebotes	Träger mit Namen und Anschrift des Dienstes	Personal-kosten in €	Sach-kosten in €	Gesamt-kosten in €	beantragte Förderung in €	Fördervor-schlag in €
Psychosoziale Versorgung älterer Menschen Niedrigschwellige Betreuungsangebote nach dem Pflegeleistungsergänzungsgesetz (§ 45 c Abs.1 SGB XI)	DRK KV UM Ost e. V. Betreuungsgruppe u. Helferinnenkreis Demenz A.-Bebel-Str. 13 a, 16303 Schwedt/O.	10.255,00	8.528,00	18.783,00	9.983,00	2.000,00
	Arbeiter-Samariter-Bund KV UM e. V. Betreuungsgruppe u. Helferinnenkreis Demenz Grabowstr. 58, 17291 Prenzlau	3.888,00	5.800,00	9.688,00	4.000,00	2.000,00
	Diakonisches Werk im Kirchenkreis Uckermark e. V. Amb. Betreuungsgruppe Demenz Berliner Str. 45, 16278 Angermünde	10.500,00	3.100,00	13.600,00	7.988,00	2.000,00
	AWO KV Uckermark e. V. Betreuungsgruppe/Helferinnenkreis Demenz Klosterstr. 14 c, 17291 Prenzlau	12.588,00	18.476,00	31.064,00	16.000,00	4.500,00
	Diakoniestation Prenzlau e. V. Betreuungsgruppe/Helferinnenkreis Demenz Friedrichstr. 40, 17291 Prenzlau	6.800,00	2.700,00	9.500,00	6.800,00	2.000,00

		Vorhabenkosten (Angaben im Fördermittelantrag)				
Art des Angebotes	Träger mit Namen und Anschrift des Dienstes	Personal-kosten in €	Sach-kosten in €	Gesamt-kosten in €	beantragte Förderung in €	Fördervor-schlag in €
Psychosoziale Versorgung älterer Menschen	DRK KV UM West/Oberbarnim e. V. Betreuungsgruppe/Helferinnenkreis Demenz Dr.-W.-Külz-Str. 19 a, 17291 Prenzlau	25.800,00	8.700,00	34.500,00	19.000,00	6.000,00
Niedrigschwellige Betreuungsangebote nach dem Pflegeleistungsergänzungsgesetz (§ 45 c Abs.1 SGB XI)*	DRK KV UM West/Oberbarnim e. V. Betreuungsgruppe/Helferinnenkreis Behinderte Menschen Am Friedenskamp 5, 17291 Prenzlau	17.500,00	8.300,00	25.800,00	18.900,00	8.000,00
	Zwischensumme:	87.331,00	55.604,00	142.935,00	82.671,00	26.500,00
	Gesamt:	446.154,60	279.394,00	725.548,60	208.809,00	92.000,00

* Die Förderung gemäß § 45 c SGB XI erfolgt hälftig von den Pflegekassen und dem Landkreis. Der ausgewiesene Fördervorschlag beinhaltet ausschließlich die kreisliche Förderung.

3. Behindertenhilfe

		Vorhabenkosten				
		(Angaben im Fördermittelantrag)				
Art des Angebotes	Träger mit Namen und Anschrift des Dienstes	Personal-kosten in €	Sach-kosten in €	Gesamt-kosten in €	beantragte Förderung in €	Fördervor-schlag in €
Betreuungsdienste für chronisch psychisch kranke Menschen	MSZ UM gGmbH Tätigkeitsangebot für psychisch kranke Menschen R.-Breitscheid-Str. 37, 16278 Angermünde	31.405,00	1.000,00	32.405,00	32.405,00	12.000,00
	Volkssolidarität in Bbg. e. V. - KV UM Niedrigschwelliges Beschäftigungsangebot f. chronisch psychisch Kranke Mühlmannstr. 7, 17291 Prenzlau	38.000,00	4.900,00	43.700,00	43.700,00	26.500,00
	Volkssolidarität in Bbg. e. V. - KV UM Fahrdienst Mühlmannstr. 7, 17291 Prenzlau	0,00	3.500,00	3.500,00	3.500,00	2.500,00
Familientlastende und familienunterstützende Dienste (FED)	IG Frauen Prenzlau e. V. FED Brüssower Allee 48 a, 17291 Prenzlau	71.629,12	6.780,00	78.409,12	71.629,12	33.500,00
	EJF Lazarus gAG - Lebensräume UM - FED für Erwachsene/Kranichgruppe Biesenbrower Str. 2/10 b, 16303 Schwedt/O.	46.556,00	8.600,00	55.156,00	44.288,20	38.000,00
	Lebenshilfe KV UM e. V. FED in Schwedt und Templin Bahnhofstr. 13. 16303 Schwedt/O. Neuer Weg 7, 17268 Templin	106.000,00	70.000,00	176.000,00	85.000,00	80.670,00

		Vorhabenkosten (Angaben im Fördermittelantrag)				
Art des Angebotes	Träger mit Namen und Anschrift des Dienstes	Personal-kosten in €	Sach-kosten in €	Gesamt-kosten in €	beantragte Förderung in €	Fördervor-schlag in €
Niedrigschwellige Kontakt- und Beratungsangebote für suchtkranke Menschen	Diakonisches Werk im Kirchenkreis Uckermark e.V. Integration mehrfachgeschädigter abhängigkeitskranker Menschen Berliner Str. 45, 16278 Angermünde Bergholzer Allee 10, 16303 Schwedt/O.	52.000,00	1.000,00	53.000,00	53.000,00	48.000,00
	EJF Lazarus GAG - DSPZ "Am Talsand" Niedrigschwellige Betreuung chronisch mehrfachgeschädigter Abhängigkeitskranker Menschen Steinstr. 36, 17291 Prenzlau	21.722,00	8.278,00	30.000,00	30.000,00	27.000,00
	KOMMunikationszentrum für chronisch Kranke u. Menschen mit Behinderung Koordinator zur Betreuung des KOMM J.-Marchlewski-Ring 103 b, 16303 Schwedt	19.000,00	0,00	19.000,00	15.200,00	10.410,00
	Gesamt:	399.299,12	106.071,00	506.170,12	393.722,32	293.580,00

4. Zielgruppenübergreifende Dienste

		Vorhabenkosten				
		(Angaben im Fördermittelantrag)				
Art des Angebotes	Träger mit Namen und Anschrift des Dienstes	Personal-kosten in €	Sach-kosten in €	Gesamt-kosten in €	beantragte Förderung in €	Fördervor-schlag in €
Selbsthilfekontakt-stelle/Unterstützung von Selbsthilfegruppen	AWO Kreisverband Uckermark e. V. Selbsthilfekontaktstelle (REKIS) Uckerpromenade 17, 17291 Prenzlau	9.336,00	10.800,00	20.136,00	9.336,00	9.000,00
	Selbsthilfegruppen (50)	0,00	22.045,00	22.045,00	7.905,00	6.000,00
Niedrigschwellige Kontakt- und Beratungsangebote für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	Arbeiter-Samariter-Bund KV UM e. V. Migrationserstberatung Grabowstr. 58, 17291 Prenzlau	14.472,00	1.340,00	15.812,00	12.000,00	7.000,00
	Arbeitslosenverband Deutschland e. V. Arbeitslosen-Service-Einrichtung Ringstr. 15, 16303 Schwedt/O.	49.353,00	21.048,00	70.401,00	5.900,00	2.000,00
	Diakonisches Werk i. Kirchenkreis UM e. V. Migrationserstberatung Berliner Str. 45, 16278 Angermünde	22.490,00	0,00	22.490,00	5.990,00	4.500,00
	Diakonisches Werk i. Kirchenkreis UM e. V. Soziale Orientierungshilfen Berliner Str. 45, 16278 Angermünde	18.500,00	2.000,00	20.500,00	20.500,00	17.000,00
	Advent-Wohlfahrtswerk Bbg. e. V. Schützhütte Flemsdorfer Str. 18, 16303 Schwedt/O.	62.000,00	33.000,00	95.000,00	13.500,00	13.500,00
	Diakonisches Werk i. Kirchenkreis UM e. V. Angermünder Tafel Berliner Str. 45, 16278 Angermünde	9.500,00	4.500,00	14.000,00	8.000,00	6.000,00
	AWO KV UM e. V. Prenzlauer Tafel Klosterstr. 14 c, 17291 Prenzlau	25.546,00	211.107,00	236.653,00	12.583,00	8.000,00
	Gesamt:	211.197,00	305.840,00	517.037,00	95.714,00	73.000,00

5. Schuldnerberatung

Schuldnerberatungsstellen	DRK Kreisverband Uckermark Ost e. V. Schuldnerberatung A.-Bebel-Str. 13 a, 16303 Schwedt/O.	Die Vergabe der Mittel an die Schuldnerberatungen erfolgt seit 01.01.2006 über Vereinbarungen auf der Grundlage d. §16 Abs. 2 Satz 1 und Satz 2 Nr. 2 SGB II und des § 11 Abs. 5 SGB XII. Das Amt z. Grundsicherung f. Arbeitsuchende übernimmt 80 % der in der Vereinbarung festgelegten Mittel, das Sozialamt die verbleibenden 20 %.	8.663,00 (34.652,00) (Mittel § 16 Abs.2 SGB II)
	DRK KV UM West/ Oberbarnim e. V. Schuldnerberatung R.-Luxemburg-Str. 20, 17291 Prenzlau		7.681,80 (30.727,20)
	AWO Kreisverband Uckermark e. V. Schuldnerberatung R.-Koch-Str. 1, 17268 Templin		5.362,80 (21.451,20)
	Diakonisches Werk im KK Uckermark e. V. Schuldnerberatung Berliner Str. 45, 16278 Angermünde		4.292,40 (17.169,60)
	Gesamt Schuldnerberatung: gemäß Richtlinie: Mittel Amt z. Grundsich. f. Arbeitsuchende		130.000,00 26.000,00 104.000,00

6. Frauenhaus/Zufluchtswohnung

		Vorhabenkosten (Angaben im Fördermittelantrag)				
Art des Angebotes	Träger mit Namen und Anschrift des Dienstes	Personal-kosten in €	Sach-kosten in €	Gesamt-kosten in €	beantragte Förderung in €	Fördervor-schlag in €
Frauenhaus und Zufluchtswohnung (aus kreislichen und Landesmitteln)	EJF Lazarus gAG Frauenhaus Am Aquarium 2, 16303 Schwedt/O.	59.955,00	18.615,00	78.570,00	42.158,00	8.825,00 33.333,00 (Landesmittel)
	AWO Kreisverband Uckermark e. V. Beratungsstelle mit Zufluchtswohnung Klosterstr. 14 c, 17291 Prenzlau	42.406,00	6.870,00	49.276,00	25.492,00	8.825,00 16.667,00 (Landesmittel)
	Gesamt Frauenhaus: davon Landesmittel:					

7. Hilfe für psychisch Kranke und Suchtkranke

		Vorhabenkosten (Angaben im Fördermittelantrag)				
Art des Angebotes	Träger mit Namen und Anschrift des Dienstes	Personal-kosten in €	Sach-kosten in €	Gesamt-kosten in €	beantragte Förderung in €	Fördervor-schlag in €
Hilfen für suchtkranke und psychisch kranke Menschen auf der Grundlage von Verträgen	MSZ Angermünde gGmbH Suchtberatung in Angermünde u. TP R.-Breitscheid-Str. 37, 1678 Angermünde	146.701,00	33.250,00	179.951,00	111.750,00 Mittel § 16 Abs. 2 SGB II	18.000,00 21.750,00 (Landesmittel) 72.000,00
	EJF Lazarus gAG Suchtberatung in Prenzlau Steinstr. 36, 17291 Prenzlau	99.789,00	24.804,00	14.593,00	111.750,00 Mittel § 16 Abs. 2 SGB II	18.000,00 21.750,00 (Landesmittel) 72.000,00
	Volkssolidarität in Bbg. e. V. - KV UM KBS Mühlmannstr. 7, 17291 Prenzlau Prenzlauer Allee 23, 17268 Templin	76.500,00	15.850,00	92.350,00	89.250,00 Mittel § 16 Abs. 2 SGB II	13.500,00 21.750,00 (Landesmittel) 54.000,00
	Diakonisches Werk im Kirchenkreis Uckermark e. V. - KBS - Berliner Str. 45, 16278 Angermünde Am Kniebusch 32, 16303 Schwedt/O.	81.750,00	10.500,00	92.250,00	89.250,00 Mittel § 16 Abs. 2 SGB II	13.500,00 21.750,00 (Landesmittel) 54.000,00
	Mittel gemäß Richtlinie Landesmittel: Mittel § 16 Abs. 2 SGB II Gesamt:					63.000 87.000 252.000,00 402.000,00

Übersicht

Förderbereich	Förderhöhe
Pflegeflankierende Hilfen	76.000,00
Altenhilfe	92.000,00
Behindertenhilfe	293.580,00
Zielgruppenübergreifende Dienste	73.000,00
Schuldnerberatungen	26.000,00
Frauenhaus/Zufluchtswohnung	17.650,00
KBS/BBS	63.000,00
Zwischensumme: (Mittel gemäß Richtlinie)	641.230,00
<i>Landesmittel:</i>	137.000,00
Gesamt:	778.230,00
in den Haushalt eingestellt:	817.850,00